

Arbeiter und Arbeiterinnen Frankreichs!

Eure kapitalistischen Herren und ihre reformistischen und stalinistischen Kollaborateure erklären euch, daß der Wiederaufbau und die Wirtschaft eures Landes ohne die Ruhrkohle unmöglich ist. In Wirklichkeit ist das Hindernis für diesen Wiederaufbau in der Habsucht eurer zweihundert Familien zu suchen, in dem schmutzigen Egoismus eurer kapitalistischen Herren, in der Korruption und Fäulnis ihres Staatsapparates, in der vollständigen Entartung des französischen Kapitalismus. Diejenigen, die eure Aufmerksamkeit auf die Ruhrkohle lenken wollen, hoffen alle, dadurch ihr eigenes Regime voll Blut und Dreck, euer eigenes, wachsendes Elend und die Gewaltherrschaft über die französischen und kolonialen Massen zu verlängern. Ihr, die ihr während der Nazihererschaft gefühlt habt, was imperialistische Unterdrückung bedeutet, könnt nicht die Fortsetzung der gleichen Versklavung der deutschen Arbeiter dulden!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Dieser Appell der IV. Internationale an die Arbeiter der ganzen Welt ist gleichzeitig eine Hoffnungsbotschaft für euch deutsche Arbeiter. Er zeigt euch, daß in dreißig Ländern eine Organisation existiert, die sich mit Ekel von dem Schmutz abwendet, den man auf euch zu werfen versucht, die die Fahne der Solidarität des Weltproletariats, die Fahne der revolutionären, kommunistischen Arbeiterschaft hoch hält!

Im Geiste Karl L i e b k n e c h t s und Rosa L u x e m - b u r g s ruft sie euch, Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, um gegen die Besetzung eures Landes, gegen dessen Zerstückelung und Plünderung zu kämpfen. Ihr habt nur einen Feind: die deutschen und ausländischen Ausbeuter; suchet nur einen Verbündeten: die Unterdrückten der ganzen Welt.

ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT DES PROLETARIATS!

ES LEBE DIE DEUTSCHE REVOLUTION!

ES LEBE DER SOZIALISTISCH-SOWJETISCHE STAATENBUND EUROPAS
UND DER WELT!

Das Exekutivkomitee
der IV. Internationale

NB. Das obige Manifest war uns leider nur auszugsweise in der Form zugänglich, in der es in Nr. 171 der "Verité" vom 17.5.1947 veröffentlicht wurde. Die Redaktion.

XXXXX

Die Streikbewegung in Frankreich

ES GEHT UM MEHR ALS NUR UM LOHNFRAGEN!

Als in den ersten Maitagen die 30.000 Mann starke Belegschaft der verstaatlichten Renault-Werke in Paris in den Ausstand trat und die Führung der CGT, des französischen Gewerkschaftsbundes, die zuerst gegen den "wilden" Streik war, ihn unter dem Druck der Arbeiter legalisieren mußte, war damit für Frankreich die Periode des sozusagen "ökonomischen Burgfriedens" zu Ende gegangen. Der Ausstand in den Renault-Werken hat eine Streikwelle ausgelöst, die nach verschiedenen dramatischen Zuspitzungen nun ihren vorläufigen Höhepunkt im Generalstreik der französischen Eisenbahner gefunden hat. Was sind die Ursachen der Streikbewegung und was ihre Ziele? Unter welchen besonderen Bedingungen findet sie statt und welche Aufgaben erstehen aus diesen der französischen Arbeiterklasse? Um diese Fragen zu beantworten ist es notwendig, daß wir uns zuerst etwas ausführlicher mit der Lage des französischen Kapitalismus befassen.

Die Lage des französischen Kapitalismus

Diese Lage ist unheilvoll. Frankreich gehört zu jenen Ländern, die auf einer bestimmten Stufe der kapitalistischen Entwicklung stehen geblieben sind: Die Erzeugung von Maschinen und Produktionsmitteln war bereits vor 1939 so gering, daß sie kaum den Ausfall an alten und unbrauchbar gewordenen Maschinen decken konnte. Der Produktionsapparat war veraltet; der französische Arbeiter produzierte nur ein Drittel dessen, was der amerikanische, und zwei Drittel dessen, was der englische Arbeiter zur gleichen Zeit erzeugte. Während die Lebenshaltung der französischen Massen schon vor dem Krieg niedriger als die der englischen oder amerikanischen Massen war, beruhte ein beträchtlicher Teil des Profits der französischen Kapitalisten auf Kapitalanlagen im Ausland und vor allem auf der Ausbeutung des großen Kolonialreiches. Doch der zweite Weltkrieg hat einen bedeutenden Teil dieser Kapitalanlagen vernichtet, so wie er im französischen Mutterland selbst gewaltige Zerstörungen am Produktionsapparat verursacht hat; er hat vor allem gezeigt, daß die Kapazität des französischen Kapitalismus zu gering ist, um dessen Weltgeltung aufrechterhalten zu können, eine Tatsache, die bereits zu Kriegsbeginn ihren Ausdruck darin fand, daß Frankreich vom deutschen Imperialismus glatt überrannt wurde.

Der Substanzverlust, den der französische Kapitalismus erlitten hat, ist also beträchtlich; offiziell zu den Siegern gehörend, geht er dennoch aus dem Krieg noch schwächer hervor, als er in ihn hineingegangen ist. Er muß die Hoffnung aufgeben, jemals wieder im Spiel der imperialistischen Mächte seine alte dominierende Stellung zu erlangen. Im Aufstand der von ihm unterdrückten Kolonialvölker kommt diese seine Schwächung offen zum Vorschein.

Die französische Bourgeoisie kann in der internationalen Arena nur noch dann mitreden und in zukünftigen Auseinandersetzungen sich nur dann behaupten, wenn es ihr gelingt, den ökonomischen Verfall Frankreichs abzustoppen und sein industrielles Potential zu heben. Eines der Mittel, das sie hierbei anwendet, ist das des offenen imperialistischen Raubes. Die französischen Imperialisten wollen die Zerstückelung Deutschlands verewigen und nicht nur die Saar, sondern womöglich auch das Ruhrgebiet von Deutschland abtren-

nen: ihre ganzen "Wiederaufbau"pläne basieren auf der Ruhrkohle und dem Ruhrstahl, die sie als Reparationsleistungen beanspruchen.

Auf Grund des nach seinem Schöpfer, dem früheren Cognacfabrikanten M o n n e t benannten Planes will die Bourgeoisie die Schwer-, d.h. die Rüstungsindustrie innerhalb von vier Jahren modernisieren: sechs Schlüsselindustrien, nämlich Kohle, elektrische Energie, Stahl, Baumaterialien, landwirtschaftliche Maschinen und Transportmittel sollen auf Kosten aller übrigen Industrien, d.h. der Produktion von Massenverbrauchsgütern ausgebaut werden. Geht aus dem schon hervor, daß die Sicherung des französischen "Vaterlandes" auf Kosten der Massen geht, so wird das aus Folgendem noch deutlicher. Der M o n n e t - Plan schlägt die Wiedereinführung der 48-Stunden-Woche an Stelle der heute gesetzlichen 40-Stunden-Woche vor, ein Vorschlag, dem die verräterischen Spitzen der CGT bereits ihre Zustimmung erteilt haben. Doch diese Erhöhung der Arbeitszeit genügt nicht, um die im Plan vorgesehenen Produktionsziffern zu erfüllen, es verbleibt noch ein Manko von etwa 750.000 Arbeitskräften; ungefähr die Hälfte davon soll aus anderen Wirtschaftszweigen abgezogen und überdies möglichst viel Frauen in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden. Der Plan sieht die Errichtung von Trainingsschulen und Umschulungskurse vor, während die Arbeitsämter ermächtigt werden sollen, Arbeitskräfte in bestimmte Industriezweige zu dirigieren.

Die Produktivität soll aber nicht nur durch eine Vermehrung der Arbeitskräfte gesteigert werden, sondern der M o n n e t - Plan rechnet damit, daß die Modernisierung der industriellen Einrichtung eine Leistungssteigerung des einzelnen Arbeiter ermöglichen wird, die je nach den verschiedenen Industrien 13 bis 27% betragen soll. Erinnerung das alles schon an die Methoden der nationalsozialistischen "Wirtschaftsankurbelung", die in Wirklichkeit eine forcierte Wiederaufrüstung Deutschlands war, und wird die Ähnlichkeit noch größer, wenn der M o n n e t - Plan, um den Massen das alles schmackhaft zu machen, die Schaffung von zahlreichen "Wohlfahrts"einrichtungen, wie Kindergärten, Gemeinschaftsküchen u.dgl. vorsieht, so wird sie vollends sichtbar, wo es sich darum handelt, wer die Kosten des "Wiederaufbaus" bezahlen soll.

Der "Wiederaufbau" und die Lebenshaltungskosten

Nach den durch das Statistische Büro der UNO ermittelten Ziffern betrug der Index der industriellen Produktion Ende 1946 bereits wieder 88% desjenigen von 1939; allerdings muß hier berücksichtigt werden, daß 1939 die Kapazität der französischen Industrie nur zu zwei Drittel ausgenutzt war, während ein Drittel still lag. Der Anteil, den Kapital und Arbeit an den Früchten des "Wiederaufbaus" haben, sieht jedoch folgendermaßen aus:

Anteil am Nationaleinkommen 1)

Jahr	Lohnsumme	Kapitalgewinn
1938	45%	27%
1946	40%	49%

Was bedeuten diese Ziffern für die französische Arbeiterklasse?

1) "Verité" Nr. 169, 3.2.47.

Seit dem Jahre 1940 sind die Löhne um das 4,8fache, die Lebenshaltungskosten um das 8fache gestiegen. Eine kleine Tabelle 1) möge dies veranschaulichen:

Zeit	Löhne	Lebenshaltungskosten	Index der Kaufkraft der Arbeitermassen
Jänner 1940	100	100	100
August 1944	170	225	76
Jänner 1945	210	278	76
Jänner 1946	320	360	89
Okt. 1946	430	800	54

Die letzte allgemeine Lohnerhöhung erfolgte im Juli 1946 im Ausmaß von 25%; die Lebenshaltungskosten sind seither um 50% gestiegen. Die von der Regierung B l u m zu Ende des Jahres 1946 versprochene Preissenkung von 10% wurde nur zu 3,5% wirksam, doch in Wirklichkeit ist selbst diese nur fiktiv, weil die Indexzahlen auf den offiziellen Preisen aufgebaut sind, die zu diesen Preisen erhältlichen Lebensmittel indes heute weniger als früher für die Ernährung ausreichen 2).

Diese Ziffern sind deutlich; sie besagen, daß die Kosten des "Wiederaufbaus" von den Massen beglichen werden, während dessen Ergebnisse der Bourgeoisie zugute kommen. Der sogenannte "Wiederaufbau" ist eben auch in Frankreich nur ein Programm der Sanierung des Kapitalismus auf Kosten der Massen!

Bourgeoisie und Kleinbürgertum

Wird die Lage des französischen Imperialismus durch die Tatsache seines ökonomischen Verfalls, seines immer weiteren Zurückbleibens hinter anderen Ländern bestimmt, so macht sich die französische Bourgeoisie über ihre gefährvolle Lage kaum Illusionen. Sie weiß, daß Frankreich endgültig ins Hintertreffen gekommen ist, und daß die beschränkte Kapazität des französischen Kapitalismus ihr nicht gestattet, aus eigenen Kräften noch länger ihr Kolonialreich aufrecht zu erhalten. Diese Erkenntnis kommt sogar in den Zahlen des M o n n e t -Plans zum Ausdruck, der sich relativ bescheidene Ziele setzt. Mit Ende des Jahres 1950 soll die französische Industrie und die Agrarwirtschaft ein Niveau erreicht haben, das um ungefähr 25% höher als jenes von 1929 ist. Das würde folgende Verhältniszahlen 3) ergeben:

Jahr	Land	Energieverbrauch, umgerechnet in 1000 kg Kohle pro Kopf der Bevölkerung
1938	USA	5,1
1938	Großbritannien	4,15
1950	Frankreich	2,9

1) "Verité" Nr. 171, 17.5.47

2) Lt. "Presse" Wien, Nr. 23 vom 6.6.47

3) "La Quatrième Internationale" Jänner-Februar 1947:
"Die Anfänge der IV. Republik" von P. F r a n k .

Jahr	Land	Tonnen Stahl pro Kopf der Bevölkerung
1937	USA	351
1937	Großbritannien	285
1950	Frankreich	240

Man beachte, daß es sich im Falle von USA und Großbritannien um Ziffern, die neun, bzw. zehn Jahre alt sind, bei Frankreich dagegen um Zukunftsmusik handelt. Wie wird das Verhältnis 1950 sein? Die Überlegenheit der USA und damit die Abhängigkeit des französischen Imperialismus von ihnen wird sich nur noch verstärkt haben!

Die Außenpolitik der französischen Bourgeoisie kann darum nur darin bestehen, sich dem USA-Imperialismus so teuer als mög-

lich zu verkaufen; die Anleihe die die USA Frankreich vor wenigen Monaten gewährten, war die erste Abschlagszahlung darauf, während die Moskauer Konferenz offen das eindeutige Einschwenken Frankreichs auf die Linie des anglo-amerikanischen Imperialismus gegen die SU gezeigt hat.

Zwingt die Schwäche des französischen Kapitalismus die Bourgeoisie, auf jede selbständige Außenpolitik zu verzichten und sich mit der Rolle eines Trabanten des anglo-amerikanischen Imperialismus zu bescheiden, so wird dadurch nicht weniger klar ihre Innenpolitik bestimmt. Neben dem großen Substanzverlust, den der französische Imperialismus in seinem Mutterland erlitten hat, wird er vor allem durch den Aufstand der von ihm bisher unterdrückten Kolonialvölker geschwächt. Er ist gezwungen, in Indochina einen kostspieligen Krieg zu führen; seit einigen Wochen hat auch Madagaskar den Weg Indochinas beschritten. Doch mit dem aus den Kolonien herausgepreßten Surplusprofiten verliert die bürgerliche Demokratie ihre goldene Basis. Die führenden Schichten der französischen Bourgeoisie, die Monopolkapitalisten, haben das erkannt; sie setzen darum offen auf **d e G a u l l e**, mit dessen Hilfe sie im geeigneten Zeitpunkt die offene kapitalistische Diktatur aufrichten wollen.

Noch ist es nicht so weit. Die großen Massen des Kleinbürgertums haben sich noch nicht endgültig der Bourgeoisie zugewendet, sondern stehen abwartend und schwankend zwischen dieser und der Arbeiterklasse; ein französischer Faschismus hätte heute noch keine Massenbasis. Wie die Nachrichten aus Frankreich in den letzten Wochen zeigen, ist es in verschiedenen Städten zu Straßenkundgebungen von kleinen Kaufleuten und anderen kleinbürgerlichen Existenzen gekommen. Noch tragen diese Kundgebungen keinen faschistischen, arbeiterfeindlichen Charakter. Im Gegenteil! Gestoßen durch die Auswirkungen des kapitalistischen Niedergangs, schwanken die kleinbürgerlichen Massen trotz des sozialdemokratisch-stalinistischen Verrats vorläufig noch nach links. Das Proletariat hat alle Chancen in der Hand, das Kleinbürgertum unter seine Führung zu bringen. Die Voraussetzung dazu ist, daß das Proletariat den entschlossenen Kampf gegen die Kapitalistenklasse aufnimmt und ihn bis zu deren Sturz steigert. Nur dann werden die kleinbürgerlichen Massen im Proletariat jene Kraft erblicken, die imstande ist, sie vor der kapitalistischen Ausplünderung zu schützen. Wehe dem Proletariat wenn es diesen Weg nicht beschreitet! Die kleinbürgerlichen Massen würden unweigerlich der unter antikapitalistischer Flagge segelnden faschistischen Demagogie zum Opfer fallen und zum Sturmbock des Monopolkapitals gegen das Proletariat werden.

Die Rolle der "Arbeiter"parteien

Die französische Arbeiterklasse hat noch alle Chancen in ihrer Hand. Doch die objektiv günstige Lage genügt nicht, der Arbeiterklasse den Sieg über ihre Feinde zu garantieren. Das hängt vielmehr heute beinahe ausschließlich von ihrer Führung ab. Doch welche Rolle spielen jene Parteien, denen die übergroße Mehrheit des französischen Proletariats noch folgt? Sozialdemokratie und Stalinpartei stehen beide auf dem Boden der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie; sie können und wollen über die bürgerliche Demokratie nicht hinaus; aber diese Demokratie hat in Frankreich ihre reale Basis verloren.

Die labile Lage des französischen Kapitalismus kommt im Charakter des bestehenden demokratischen Regimes zum Ausdruck, das unverkennbar bonapartistische Züge trägt. Diese Demokratie existiert nur noch als Ausdruck eines vorübergehenden Gleichgewichts zwischen unversöhnlichen Lagern und sie existiert nur solange, als dieses Gleichgewicht erhalten bleibt. Die Politik von Sozialdemokratie und Stalinpartei läuft jedoch darauf hinaus, dieses Gleichgewicht zu Ungunsten der Arbeiterklasse zu verändern.

Die SP hat offen die Rolle des Retters des französischen Kapitalismus übernommen. Das kommt sowohl in ihrer Theorie als auch in ihrer Praxis zum Ausdruck. In ihrer Theorie, denn sie hat auf ihrer im Frühjahr 1946 stattgefundenen Parteikonferenz ein von Léon Blum ausgearbeitetes Programm angenommen, indem sich folgende Sätze finden:

"Die Sozialistische Partei ist notwendigerweise national, weil es keine freie Arbeit geben kann, wenn ein Volk unterworfen und versklavt ist, weil die Arbeiter, die durch die Mißstände des Kapitalismus fast außerhalb des Verbandes des Vaterlandes gestellt wurden, sich nach anderthalb Jahrhunderten vereinten Bemühens und gemeinsamer Opfer gesammelt haben, so daß das Vaterland heute ihr ureigenster Besitz und zu einem großen Teil ihr eigenes Werk ist, das zu verteidigen sie entschlossen sind."

In ihrer Praxis, denn ihr Ministerpräsident R a m a - d i e r scheut nicht davor zurück, den streikenden Arbeitern mit der Anwendung von Mitteln zu drohen, die, wie z.B. die militärische Einberufung der Streikenden, dem Arsenal der offenen kapitalistischen Diktatur entnommen sind.

Ihre offen verräterische Politik bringt die SP selbstverständlich in schärfsten Gegensatz zu den Massen. Die Parteispitze steht in schwerstem Konflikt zur Jugend der Partei, der die aktivsten Elemente im Alter zwischen zwanzig und dreißig Jahren angehören. Doch die Mehrheit der Industriearbeiterschaft steht heute im Lager der Stalinpartei, die die SP überflügelt hat; die SP ist auch ihrer mitgliedermäßigen Zusammensetzung nach zu einer kleinbürgerlichen Partei geworden, die sich in einem unaufhaltsamen Zerbröcklungsprozeß befindet.

Die Stalinpartei war bis zu Anfang Mai in der Regierung; sie hat sich dabei vor patriotischen Eifer überkugelt. Sie war diejenige, die am lautesten die Angliederung von Saar und Ruhr verlangte. Sie hat zuerst offen für die Kriegskredite zur Niederkämpfung der um ihre Freiheit kämpfenden Kolonialvölker gestimmt, in den letzten Parlamentssitzungen jedoch, um ihren Verrat zu tarnen, sich der Stimme "enthalten"; sie hat die "Notwendigkeiten des Wiederaufbaus" in den Vordergrund der Politik gestellt und von den Arbeitern im Interesse des kapitalistischen Wiederaufbaus die größten Anstrengungen und Opfer verlangt; sie hat jedes Verlangen nach Lohn-erhöhung bis vor kurzem als "Sabotage des Wiederaufbaus" bezeichnet.

Auszug aus der Resolution des ersten Kongresses der
INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN JUGEND FRANKREICHS (J.C.I.):

Ohne das deutsche Proletariat kann keine sozialistische Revolution in Europa siegreich sein.

Alle Reden über die "Demokratisierung" Deutschlands sind leere Phrasen. Eine Wiederaufrichtung der Weimarer Republik kann nichts hervorbringen als einen neuen Hitler. Und man weiß heute bereits sehr gut, daß den Okkupanten mehr daran gelegen ist, das deutsche Volk zu unterdrücken, als die Nazi zu verfolgen.

Die J.C.I. weiß, daß die Interessen der Proletariat aller Länder die gleichen sind und besonders diejenigen der deutschen und französischen Arbeiter, in ihrem Kampf für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sie wird jede Gelegenheit ergreifen, um ihren deutschen Genossen ihre Solidarität zu beweisen.

Allein zwei Ereignisse zwangen sie vor wenigen Wochen, ihre sowie die Stellung der von ihr geführten CGT zu ändern. Die Moskauer Konferenz hat gezeigt, daß die französische Bourgeoisie endgültig auf die anglo-amerikanische Seite übergegangen ist. Und der gegen den Willen der CGT und der Stalinpartei in den Renault-Werken, einer bis dahin stalinistischen Hochburg ausgebrochene Streik, bei dem die "Humanité" die Streikenden zuerst als Saboteure und Agenten der Gaullisten beschimpfte, führte der Stalinpartei die Gefahr vor Augen, bei Fortsetzung ihrer bisherigen Politik ihre führende Stellung in den Massen zu verlieren und einen bedeutenden Teil derselben nach links abschwenken zu sehen. "Wir werden aber niemanden gestatten, uns von links her zu überflügeln", erklärte Duclos, der Generalsekretär der Stalinpartei.

Die Ursachen für deren Schwenkung liegen auf der Hand. Die französische Bourgeoisie soll zu einer Änderung ihres außenpolitischen Kurses zugunsten der SU gezwungen und zu diesem Zweck unter Druck gesetzt werden. Um diesen Druck auszuüben, dazu bedarf die Stalinpartei der Massen; allein gerade deren Gefolgschaft zu verlieren stand sie zu jenen Zeitpunkt in Gefahr, als es nach der Moskauer Konferenz innerhalb der Regierung zum offenen Konflikt über deren Außenpolitik kam.

Der Stalinpartei geht es also keineswegs um die Arbeiterinteressen; sie handelt einzig und allein als Agentur der bonapartistischen Kremlclique. Damit sind auch die Grenzen abgesteckt, die sie bei der Mobilisierung der Massen nicht überschreiten wird. Sie will die Bourgeoisie unter Druck setzen - allein sie will nicht mit ihr brechen, sondern sie zur Zusammenarbeit mit ihr auf einer der SU genehmen außenpolitischen Linie zwingen. Es ist möglich und wahrscheinlich, daß die Regierung Ramadier dem Druck der Arbeitermassen nicht standhält, daß sie abtreten muß, daß die Stalinpartei wieder in die Regierung kommt. Aber wieder in der Regierung, wird sie die Interessen der Massen von neuem bedenkenlos preisgeben, sich gegen die Massen stellen.

Die Aufgaben der französischen Arbeiterklasse und die Rolle der PCI

Welche Aufgaben erwachsen aus dem für die französische Arbeiterklasse und vor allem für deren Vorhut? Frankreich bildet heute innerhalb der imperialistischen Kette eines der schwächsten

Glieder. Alle Krisen, die es seit der sogenannten "Befreiung" erlebte, trugen vorrevolutionären Charakter; alle Lösungen, die versucht wurden, waren in Wirklichkeit Scheinlösungen. Es gibt auch in Frankreich innerhalb der bürgerlichen Demokratie keine wirkliche Lösung mehr; nur die Revolution kann eine solche bringen, oder, wenn die Arbeiterklasse die Revolution nicht vollzieht - die Konterrevolution!

Die Arbeiterklasse muß ihre Kämpfe steigern bis zur Lösung der Machtfrage oder sie wird eine schreckliche Niederlage erleiden und die G a u l l e ; die offene kapitalistische Diktatur aufrichten sehen. Doch um erfolgreich kämpfen zu können, dazu bedarf das Proletariat der Führung durch seine Klassenpartei. Diese Partei ist in Frankreich noch sehr schwach, aber sie existiert und kämpft in den ersten Reihen der Arbeiterklasse. Die objektiven Bedingungen, unter denen sie heute arbeitet, gestatten ihr, das Monopol von SP und Stalinpartei auf die Führung der Massen zu durchbrechen, sich die Führung der Massen zu erkämpfen - unter der Bedingung, daß sie richtige Politik macht!

Die PCI muß selbstverständlich in ihrem Kampf von den unmittelbaren ökonomischen und politischen Tagesforderungen der Massen ausgehen und sich für sie einsetzen. Nur auf diese Weise kann sie sich das Vertrauen der Arbeiter erobern. Wie das Beispiel des Streiks in den Renault-Werken (und vorher schon anderer Streikbewegungen, wie z.B. der Zeitungsarbeiter- und der Postlerstreik) zeigt, ist sie auf dem besten Wege dazu. Allein die großen Massen folgen trotz allen Verrats noch immer der SP und vor allem der Stalinpartei. Die PCI muß daher zur Taktik der Einheitsfront mit diesen Parteien übergehen. Aber kann die PCI die Einheitsfront mit einer Partei herstellen, die so wie z.B. die SP in der Regierung offen die Geschäfte der Bourgeoisie besorgt? Sie kann das nicht nur, sondern sie muß es, und zwar auf dem Boden eines Programms, das an die Forderungen der Arbeitermassen anknüpft und diesen einen klaren Ausdruck verleiht. Diese Forderungen sind nur auf Kostender Bourgeoisie, sind nur auf der Linie des Kampfes gegen die Bourgeoisie zu verwirklichen. Die PCI darf hierbei nicht vergessen, daß das Um und Auf der Einheitsfronttaktik die breiteste Propaganda des Einheitsfrontprogramms in den Massen ist; daß jedes Angebot an die verräterischen Spitzen der Gewerkschaften und der kleinbürgerlichen Verräterparteien nur dann Aussicht hat, von diesen akzeptiert zu werden, wenn dahinter ein starker Massendruck steht; daß Spitzenangebote ohne vorherige breiteste Propagierung des Einheitsfrontprogramms auf jeden Fall nur den Verräterparteien helfen und die revolutionäre Partei in eine bloße Rückendeckung dieser Parteien von "links" verwandelt. Während der ganzen Dauer der Einheitsfrontkampagne muß diese begleitet sein von der revolutionären Kritik; von der Kritik am Verhalten der verräterischen Spitzen wie von der Kritik an der schließlichen "Unzulänglichkeit" des Einheitsfrontprogramms selbst. Nur am Ende einer solcherart geführten Kampagne wird unter dem Druck der Massen der eventuelle Bruch von SP und Stalinpartei oder Teilen derselben mit der Bourgeoisie oder der Bruch der Massen mit diesen verräterischen Parteien stehen.

Und noch eines muß hinzukommen. Es wird in der IV. Internationale sehr viel über unser Übergangsprogramm gesprochen. Frankreich ist heute das Land, wo es in erster Linie anzuwenden ist. Doch was verlangt, was setzt dieses Programm bei seiner Anwendung voraus?

"Es gilt, den Massen im Verlauf ihres täglichen Kampfes zu helfen, die Brücke zwischen ihren gegenwärtigen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution zu schlagen. Diese Brücke muß ein System von Übergangsforderungen umfassen, die von den heutigen Verhältnissen und dem heutigen Bewußt-

Programm einer solchen Regierung sein soll, welcher Weg konkret zu einer solchen Regierung führt. Die revolutionäre Partei hat die Aufgabe, in jeder Etappe des Kampfes den Massen die revolutionäre Erfahrung in ihrem gesamten Umfang zu vermitteln. Das verlangt vor allem, nicht im Schwanz der Ereignisse einherzulaufen, sondern diese Ereignisse bewußt vorzubereiten und an ihrer Vorbereitung die Massen teilnehmen zu lassen. Dem gerecht zu werden bedeutet praktisch, den Kampf für die unmittelbaren Arbeiterforderungen, die heute die Form von Übergangslösungen annehmen müssen, mit der Propaganda für die revolutionären Endlösungen und Endziele zu verbinden, vor allem also mit der unentwegten Propaganda der Diktatur des Proletariats.

Auf der PCI lastet eine große Verantwortung, eine Verantwortung vor der französischen Arbeiterklasse wie vor der gesamten Internationale. Ist sich die PCI ihrer Verantwortung bewußt und handelt sie danach, kommt die IV. Internationale ihrer Aufgabe nach, die PCI mit Rat und Tat zu unterstützen und ihr vor allem die internationale Erfahrung zu vermitteln, dann kann und wird das französische Proletariat die imperialistische Kette an einem ihrer schwächsten Glieder zerbrechen und dem neuen Vormarsch der internationalen proletarischen Revolution das Tor aufstoßen.

8.6.1947.

XXXXX

STREIFLICHT:

Wiederbelebung der II. Internationale? Anlässlich der im Juni tagenden dritten internationalen Konferenz der sozialdemokratischen Parteien schrieb die AZ in ihrem Leitartikel vom 5.6.47.:

"Nie gab es eine Zeit, in der das Bedürfnis nach führender und zusammenführender Aktion in der internationalen Politik stärker, ihre Notwendigkeit klarer und dringender gewesen wäre als heute. Nie gab es eine, in der der internationale Sozialismus vor einer größeren Aufgabe stand."

Sind nun die "Sozialistischen" Parteien, die heute in der Mehrzahl der europäischen Länder einflußreichsten Regierungsparteien stellen, auch imstande, diese Aufgabe zu erfüllen? Nein, und selbst Oskar P o l l a k muß es im selben Artikel begründen:

"Die Stärke der internationalen sozialistischen Bewegung wird hier geradezu zu ihrer Schwäche: die einzelnen Parteien, mächtig im einzelnen Land, sind heute mehr als je zuvor an das Geschick des Landes gebunden, mit seinen Interessen verknüpft, für sein Wohl und Wehe in Wirtschaft und Politik verantwortlich. In der Periode zwischen den beiden Weltkriegen war die Nichtübereinstimmung zwischen der alten traditionellen Form der sozialistischen Internationale und den neuen Inhalten der eigentliche Grund ihrer Schwierigkeiten. Die Internationale faßte Resolutionsen, aber die großen Arbeiterparteien in den einzelnen Ländern machten eine Politik, die diesen Resolutionsen keineswegs Rechnung trug. Das Versagen des internationalen Sozialismus in dieser Zeit geht geradezu aus dem tragischen Gegensatz zwischen der Stärke in den einzelnen Ländern und der Schwäche des Internationalismus hervor....."

(Unterstreichung durch die Red.)

Das bedeutet ein klares Eingeständnis der nationalen, chauvinistischen Politik der einzelnen SPen, die die Zusammenarbeit mit ihren eigenen Bourgeoisien dem heute mehr denn je einheitlich zu führenden Kampf des Weltproletariats vorziehen. Ein offeneres Eingeständnis des vollständigen Bankrotts der Sozialdemokratie als proletarisch-revolutionärer Partei gibt es nicht!

G. H I E T:

DAS KOLLEKTIVEIGENTUM IN STALINRUSSLAND

Vorbemerkung: Wir veröffentlichen hier einen dem Informationsmaterial einer Sektion unserer Internationale entnommenen Artikel über die Eigentumsverhältnisse der heutigen SU, der in ausgezeichneter Weise die Widersprüche zwischen Form und Inhalt des russischen Kollektiveigentum darstellt. Der wichtigste Schluß dieser Arbeit ist, das die Geschichte über das endgültige Schicksal der SU noch nicht entschieden hat, das dieses mit dem Schicksal der Weltrevolution verbunden ist und daß es in der Hand der internationalen Arbeiterklasse liegt, die SU auf den leninischen Weg zurückzuführen.

Wir bemerken, daß wir uns in mehreren Fragen vom Verfasser abgrenzen: 1. Die Ansicht, daß der zweite imperialistische Krieg noch nicht beendet ist, widerspricht den Tatsachen, verwirrt das Proletariat in seinem Kampf gegen den Krieg und dessen Vorbereitung und idealisiert den imperialistischen Frieden. - 2. Mit dem Terminus "Stalinbürokratie" = "kleinbürgerliche Schicht" soll wohl ausgedrückt werden, daß die Bürokratie sich in ihrer Lebenshaltung schon weit von den Massen entfernt hat; das ist auch unsere Meinung. Der Terminus "kleinbürgerlich" darf sich jedoch auf keinen Fall auf die Ökonomie beziehen; er drückt darum die tatsächliche Stellung der Bürokratie als eines Parasiten am sozialistischen Eigentum schief aus. - 3. Ebenso halten wir den Terminus "proletarisch-demokratisch" weder in diesem Artikel noch anderswo für glücklich. Die russischen Massen müssen um ihre demokratischen Rechte kämpfen, müssen durch den Sturz der Bürokratie wieder die proletarische Demokratie aufrichten. Allein diese ist mit dem Regime der proletarischen Diktatur identisch, stellt deren gesunde Form dar, ist in erster Linie Diktatur des Proletariats gegen Bourgeoisie und Imperialismus. Das muß man offen aussprechen und nicht als "proletarisch-demokratische Alleinherrschaft" umschreiben. - 4. Schließlich ziehen wir die Ausdrücke "entartete SU", "bürokratisch entartete SU" dem Terminus "Stalinrußland" als das Wesen der Sache schärfer erfassend vor. Die Redaktion.

Sozialistisches Eigentum muß zwei Bedingungen entsprechen. Erstens: Es muß Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln sein, das nicht dem Profit der Kapitalistenklasse dient; so ist es der Form nach sozialistisch. Von der Profitschranke befreit, entfaltet es eine den kapitalistisch gebundenen Produktivkräften überlegene Produktivkraft, entwickelt es gegenüber der kapitalistischen Produktionsweise eine wirtschaftlich, gesellschaftlich, geschichtlich höhere Form der Produktion. - Zweitens: Die Früchte des Kollektiveigentums, der Kollektivproduktion müssen dem materiellen und kulturellen Aufstieg der Massen dienen; um das dauernd zu sichern, müssen die Massen selbst, unter Führung der Arbeiterklasse, Herren sein des Kollektiveigentums, der Kollektivproduktion - so und nur so ist das Kollektiveigentum dem Inhalt nach sozialistisch.

Noch besteht in Stalinrußland das kollektive Eigentum an den Produktionsmitteln. Aber sozialistisch ist es nur der bloßen Form nach. Zwar entwickelt es dem Kapitalismus überlegene Produktivkräfte. Doch deren Früchte kommen dem Wesen nach nicht den Massen zugute, die von Verfügung, Verwaltung, Kontrolle über das Kollektiv-

eigentum ausgeschaltet sind - darum ist dieses Eigentum dem Inhalt nach nicht sozialistisch. Allein die Früchte fließen dem Wesen nach noch nicht in die Taschen der Kapitalistenklasse, sind noch nicht Profit - darum ist dieses Eigentum, sind diese Produktionsmittel, ist diese Produktion noch nicht kapitalistisch.

Produktion, Produktionsmittel, Kollektiveigentum in Stalinrußland durchlaufen eine Übergangsphase zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die parasitäre, zu einer kleinbürgerlichen Schicht entartete Stalinbürokratie stiehlt die Früchte der Kollektivproduktion immer mehr für sich. Durch die tatsächlichen Wirkungen ihrer Gesamtpolitik züchtet sie, gegen ihren Willen, in sich (auf ihrem rechten Flügel) und um sich herum immer mehr neue kapitalistische Elemente heran, eine neue russische Bourgeoisie, die legal und noch mehr illegal einen immer größeren Teil der kollektiven Früchte an sich bringt und so (einstweilen mögliches) Kapital anzusammeln beginnt.

Was die neue Bourgeoisie von den Kollektivfrüchten sich aneignet, ist noch nicht Profit, weil sie noch nicht Eigentümerin ist der Produktionsmittel, weil sie endgültig noch nicht gesiegt hat; weil sie das erzielen, verwirklichen kann erst, bis sie im offenen Kampf der Klassen das russische Proletariat besiegt hat, weil das russische Proletariat im offenen Kampf der Klassen von der Bourgeoisie bis jetzt noch nicht endgültig besiegt ist! Und darum, und einzig und allein darum ist das Kollektiveigentum in Stalinrußland der Form nach noch sozialistisch; einzig und allein darum dient es noch nicht dem Profit der Bourgeoisie; einzig und allein darum ist es noch nicht kapitalistisch; einzig und allein darum ist es noch nicht in der Hand der Bourgeoisie.

Gerade um diese grundlegenden Veränderungen zu verwirklichen, gerade darum bereitet der Weltimperialismus vor unseren Augen vor, ja er beginnt (in China) tatsächlich bereits die ersten Schritte in Richtung auf den Schlußakt des zweiten imperialistischen Weltkrieges, um schließlich - in kombinierter Aktion mit der neuen russischen Bourgeoisie - den Kapitalismus in Rußland wieder herzustellen, einen von den angelsächsischen Imperialisten kontrollierten russischen Kapitalismus.

Einzig und allein weil das russische Proletariat von der Bourgeoisie noch nicht endgültig niedergeworfen ist, einzig und allein deshalb stößt die Kollektivproduktion nicht an die Profit-schranke, einzig und allein deshalb vermag sie die dem Kapitalismus überlegenen Produktivkräfte zu entfalten! Sobald die Bourgeoisie das Proletariat endgültig besiegen würde, könnte sie die kollektive Form der Produktion aus taktischen Gründen eine Zeitlang weiter aufrechterhalten - das ist sogar wahrscheinlich - doch das würde bereits kapitalistisches Kollektiveigentum sein, Kollektivproduktion mit der Schranke des Profits, die eben darum jene höheren Produktivkräfte nicht entwickeln könnte; abgesehen davon, daß die siegreiche Bourgeoisie eher früher als später die kollektive Form des Eigentums in Gruppen - und Einzeleigentum auflösen, unter sich aufteilen würde.

Es bedarf in Stalinrußland keiner sozialen Revolution, um den sozialistischen Charakter des Kollektiveigentums dem Inhalt nach wieder herzustellen. Es bedarf dazu lediglich einer politischen Revolution der russischen Massen. Es bedarf dazu des revolutionär-politischen Sturzes des Stalinregimes, der stalinschen Usurpatoren, Parasiten durch die Massen, also positiv ausgedrückt: es bedarf dazu nur der revolutionären Wiederherstellung der proletarisch-demokratischen Alleinherrschaft tatsächlich der Arbeiter und armen Bauern, unter Führung der Arbeiterklasse, es bedarf dazu nur der Wiederherstellung der proletarischen Demokratie. Dies verwirklicht, ist

die tatsächliche Verfügung, Verwaltung, Kontrolle über die Kollektivproduktion, über die kollektiven Produktionsmittel, über das Kollektiveigentum wieder in den Händen der Massen, womit gesichert ist, daß die Früchte des Kollektiveigentums ihnen zufließen, den Massen.

Auch nach dem revolutionär-politischen Sieg der Massen über die Stalinbürokratie wird sich die Kollektivproduktion nach wie vor bewegen im Übergangsstadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Doch während die Stalinbürokratie infolge ihrer Schmarotzerinteressen, gegen ihren Willen, zwangsläufig die kapitalistischen Tendenzen, Elemente immer mehr stärkt, die sozialistischen Tendenzen, Elemente immer mehr schwächt, wird die revolutionär-politisch siegreiche, wiederhergestellte proletarische Demokratie die kapitalistischen Tendenzen, Elemente immer mehr schwächen, die sozialistischen Tendenzen, Elemente immer mehr stärken. Zugleich wird sie, aus der furchbar bezahlten Erfahrung mit der Stalinbürokratie lernend, gesteigerte Vorkohrungen gegen die bürokratische Gefahr treffen.

Der revolutionär-politische Sieg der Massen über Stalinregime, Stalinbürokratie in Stalinrußland wird den sozialistischen Charakter des Kollektiveigentums, der Kollektivproduktion (tendenziell) dem Inhalt nach wieder herstellen, wird die von der Arbeiterklasse geführte Alleinherrschaft der proletarischen Demokratie der russischen Arbeiter und armen Bauern wieder herstellen. Mehr noch. Durch diese revolutionär-politische Massentat wird auch wieder hergestellt werden der internationale proletarisch-demokratische Sowjetstaat, der Sowjetstaat als das große Lager der proletarischen Weltrevolution, von wo aus die Kampfanstrengungen der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, Kleinbauern, Kleinbürger aller Länder, darunter auch der kolonialrevolutionären Massen, unterstützt, zusammengefaßt werden im Interesse des Befreiungskampfes der Arbeiter, der Ausgebeuteten und Unterdrückten der Welt, der ganzen Menschheit überhaupt vom Kapital, von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung.

Die internationale proletarische Solidarität gebietet, daß wir den russischen Arbeitern und armen Bauern, die unter der Stalinferse stöhnen, helfen, ihren trotz aller stalinschen Entartung noch immer proletarischen Staat gegen den Weltimperialismus zu verteidigen und sich in Unterordnung unter diese Aufgabe von der Stalinbürokratie zu befreien. Mehr noch. Der proletarische Internationalismus entspringt unsrem wohlverstandenen ureigensten Interesse. Dieses verlangt gebieterisch, daß wir den russischen Arbeitern und armen Bauern gegen den Weltimperialismus, und in Unterordnung darunter gegen Stalinregime, Stalinbürokratie helfen, indem wir ihnen helfen, helfen wir der proletarischen Weltrevolution, dieser Grundaufgabe aller unserer Aufgaben, helfen wir tatsächlich uns selbst gegen unsere Ausbeuter, Unterdrücker, helfen wir den Arbeitern, den Ausgebeuteten, Unterdrückten der ganzen Welt, helfen wir der ganzen Menschheit, sich aus der kapitalistischen Ausbeutung, Knechtschaft, Barbarei zu befreien.

Wer dem entgegenhandelt - wie ehrlich immer seine Absichten - handelt tatsächlich als Feind der Weltarbeiterklasse. Der allimperialistische Entscheidungskampf gegen die Sowjetunion naht, ja seine ersten Schritte sind bereits im Rollen. Daß die Arbeiter erkennen: wer sind die wirklichen Freunde des Proletariats - wer sind seine Feinde, wer sind die Helfer seiner Feinde? - das ist die erste Bedingung des proletarischen Klassensieges.

4. November 1946.

LEO TROTZKI:

NOCHEINMAL UND IMMER WIEDER ÜBER DIE NATUR DER USSR

Vorbemerkung der Redaktion: In der SWP, der amerikanischen Sektion der IV. Internationale, ist mit dem Bekanntwerden des Stalin-Hitler-Paktes im August 1939 eine heftige Diskussion in der Frage der SU entbrannt, die im Frühjahr 1940 sogar zu einer Abspaltung des kleinbürgerlichen Flügels, der die proletarische Klassennatur der SU leugnete, führte. Der Kampf gegen diese kleinbürgerliche Opposition, die Verteidigung des revolutionären Marxismus gegen die kleinbürgerliche Ideologie bildete die Hauptarbeit im letzten Lebensjahre Leo T r o t z k i s . Diese kleinbürgerliche Tendenz keimte schon längere Zeit innerhalb eines gewissen Teiles der Führerschicht der SWP. Beim Ausbruch des Krieges, unter dem Druck des Einflusses und der Ideologie der "demokratischen" Bourgeoisie, trat dann ihre kleinbürgerliche Linie offen zu Tage. T r o t z k i stellte gleich am Beginn der Diskussion fest, daß die Überlegungen, die die kleinbürgerliche Opposition anstellte zu Ende gedacht, die Aufgabe, die Verleugnung der marxistischen Theorie und Praxis bedeuteten. Es dauerte nicht viel länger als ein halbes Jahr und diese Prophezeiung bewahrheitete sich am geistigen Führer der kleinbürgerlichen Opposition, B u r n h a m , selbst. B u r n h a m verließ 1940 nicht nur die Reihen der IV. Internationale, sondern sagte sich überhaupt vom Marxismus los.

Der hier von uns veröffentlichte Artikel war einer der wichtigsten Beiträge T r o t z k i s zur Diskussion über die Frage der SU innerhalb der SWP. Er ist eine Übersetzung aus dem Englischen und dem Buche " In Defence Marxism (against the Petty-Bourgeois Opposition)", Dezember 1942, erschienen. Eine andere Übersetzung aus derselben Artikelserie, "Eine kleinbürgerliche Opposition in der SWP", haben wir bereits im "Vorposten", Organ der PI, Mai 1941 abgedruckt. Wir empfehlen unseren Genossen in diesem Zusammenhang, diese Artikel noch einmal zu lesen und zu studieren.

Psychoanalyse und Marxismus

Gewisse Genossen oder ehemalige Genossen, wie Bruno R., haben die vergangenen Diskussionen und Beschlüsse der IV. Internationale vergessen. Sie versuchen nun, meine persönliche Einschätzung des Sowjetstaates psychoanalytisch zu erklären. " Da T r o t z k i an der russischen Revolution teilnahm, ist es schwierig für ihn, die Idee des Arbeiterstaates aufzugeben, insofern als er ja auf seine ganze Lebensarbeit verzichten müßte," usw. Ich glaube, daß der alte Freud, der sehr scharfsichtig war, Psychoanalytiker von dieser Sorte gehrfeigt haben würde. Natürlich würde ich niemals selbst eine solche Handlung riskieren. Dennoch wage ich meinen Kritikern zu versichern, daß Subjektivität und Sentimentalität nicht auf meiner, sondern auf ihrer Seite sind.

Das Benehmen der Moskauer Clique, welches alle Grenzen der Verworfenheit und des Zynismus überschreitet, bringt eine natürliche Auflehnung innerhalb jedes proletarischen Revolutionärs hervor. Die Auflehnung erzeugt die Notwendigkeit der Ablehnung. Wenn die Kraft zur sofortigen Aktion fehlt, dann sind ungeduldige

Revolutionäre geneigt, zu künstlichen Methoden Zuflucht zu nehmen. So z.B. entsteht die Taktik des individuellen Terrors. Öfters noch wird zu starken Ausdrücken, zu Angriffen und zu Verwünschungen Zuflucht genommen. In dem Falle, der uns interessiert, sind bestimmte Genossen augenscheinlich geneigt, eine Kompensation durch "terminologischen" Terror zu suchen. Aber sogar von diesem Standpunkte aus ist die bloße Tatsache, die Bürokratie als eine Klasse zu qualifizieren, wertlos. Wenn das bonapartistische Gesindel eine Klasse ist, so bedeutet das, daß sie keine Mißgeburt, sondern ein lebensfähiges Kind der Geschichte ist. Wenn ihr räuberischer Parasitismus "Ausbeutung" im wissenschaftlichen Sinne des Wortes ist, so bedeutet das, daß die Bürokratie als herrschende Klasse, die für das gegebene ökonomische System unentbehrlich ist, eine historische Zukunft besitzt. Hier haben wir das Ende, zu welchem ungeduldige Auflehnung führt, wenn sie sich selbst von der marxistischen Disziplin lossagt!

Wenn ein leicht erregbarer Mechaniker ein Automobil untersucht, in welchem, sagen wir, Gangster den sie auf einer schlechten Straße verfolgenden Polizisten entkommen sind, dann wird er finden, daß der Rahmen verbogen und die Räder aus der Spur geraten sind und daß der Motor teilweise beschädigt ist. Er kann nun gerechterweise sagen: "Das ist kein Automobil - der Teufel weiß, was es ist!" Eine solche Einschätzung würde jedes technischen und wissenschaftlichen Wertes ermangeln, aber sie würde die berechtigte Reaktion des Mechanikers auf die Arbeit der Gangster ausdrücken. Nehmen wir aber an, daß derselbe Mechaniker den Gegenstand, den er "der Teufel weiß, was es ist" genannt hat, wieder instandsetzen muß. In diesem Falle wird er mit der Anerkennung beginnen, daß vor ihm ein beschädigtes Automobil steht. Um mit der Reparatur beginnen zu können, wird er entscheiden, welche Teile noch in Ordnung sind und welche Teile nicht mehr repariert werden können. Der klassenbewußte Arbeiter wird eine ähnliche Haltung gegenüber der USSR einnehmen. Er hat das volle Recht, zu sagen, daß die bürokratischen Gangster den Arbeiterstaat in "der Teufel weiß, was es ist" verwandelt haben. Aber wenn er von dieser augenblicklichen Reaktion zur Lösung von politischen Problemen übergeht, ist er gezwungen, anzuerkennen, daß das, was vor ihm liegt, ein beschädigter Arbeiterstaat ist, in welchem der Motor der Ökonomie beschädigt ist, aber immer noch läuft, und welcher vollständig instandgesetzt werden kann durch die Ersetzung von einigen Teilen. Natürlich ist dies nur eine Analogie. Aber sie ist wert, daß man darüber nachdenkt.

"Ein konterrevolutionärer Arbeiterstaat"

Einige Stimmen rufen aus: "Wenn wir die USSR weiter als Arbeiterstaat anerkennen, werden wir eine neue Kategorie einführen müssen: den konterrevolutionären Arbeiterstaat". Dieses Argument versucht unserer Vorstellung einen Schock zu versetzen, indem es einer guten programmatischen Norm die elende, armselige, ja sogar widersprechende Wirklichkeit gegenüberstellt. Aber haben wir nicht tagtäglich seit 1923 beobachtet, wie der Sowjetstaat eine immer mehr konterrevolutionärere Rolle in der internationalen Arena spielte? Haben wir die Erfahrung der chinesischen Revolution, des Generalstreiks in England 1926 und schließlich die sehr frische Erfahrung der spanischen Revolution vergessen? Es gibt zwei vollständig konterrevolutionäre Arbeiter-Internationales. Diese Kritiker haben augenscheinlich diese "Kategorien" vergessen. Die Gewerkschaften von Frankreich, Großbritannien, der Vereinigten Staaten und anderer Länder unterstützen vollständig die konterrevolutionäre Politik

ihrer Bourgeoisie. Dies hindert uns aber nicht, sie als Gewerkschaften zu bezeichnen, ihre fortschrittlichen Schritte zu unterstützen und sie gegen die Bourgeoisie zu verteidigen. Warum ist es nicht möglich, dieselbe Methode bei dem konterrevolutionären Arbeiterstaat anzuwenden? Letzten Endes ist der Arbeiterstaat eine Gewerkschaft, die die Macht erobert hat. Der Unterschied in der Einstellung in diesen beiden Fällen ist durch die einfache Tatsache zu erklären, daß die Gewerkschaften eine lange Geschichte haben und daß wir uns angewöhnt haben, sie als Wirklichkeit und nicht einfach als "Kategorien" in unserem Programm zu betrachten. Was aber den Arbeiterstaat betrifft, so ist das Unvermögen, ihm als einer historischen Tatsache, die sich nicht unserem Programm untergeordnet hat, entgegenzutreten, erwiesen.

"Imperialismus"?

Kann die gegenwärtige Expansion des Kremls als Imperialismus bezeichnet werden? Vor allem andern müssen wir festhalten, welcher soziale Inhalt in diesem Terminus eingeschlossen wird. Die Geschichte kannte den "Imperialismus" des römischen Staates, der auf der Sklavenarbeit basierte, den Imperialismus der feudalen Grundbesitzer, den Imperialismus des Handels- und Industriekapitals, den Imperialismus der zaristischen Monarchie usw. Die treibende Kraft hinter der Moskauer Bürokratie ist unzweifelhaft die, ihre Macht, ihr Prestige und ihre Revenuen zu vergrößern. Dies ist ein Element des "Imperialismus" im weitesten Sinne des Wortes, welches auch in der Vergangenheit alle Monarchien, Oligarchien, herrschenden Kasten, mittelalterlichen Staaten und Klassen hatten. In der zeitgenössischen Literatur jedoch, zumindest in der marxistischen Literatur, wird unter Imperialismus die Expansionspolitik des Finanzkapitals verstanden, welches einen sehr scharf definierten ökonomischen Inhalt hat. Den Terminus "Imperialismus" für die Außenpolitik des Kreml anwenden - ohne genau festzulegen, was dies bedeutet - heißt einfach, die Politik der bonapartistischen Bürokratie mit der Politik des Monopolkapitalismus zu identifizieren, und zwar auf der Basis, daß sowohl die eine wie die andere militärische Macht zur Expansion anwendet. Eine solche Identifizierung, die nur Konfusion zu säen imstande ist, eignet sich mehr für kleinbürgerliche Demokraten als für Marxisten.

Fortsetzung der Politik des zaristischen Imperialismus

Der Kreml nimmt an einer neuen Teilung Polens teil, der Kreml legt Hand auf die baltischen Staaten, der Kreml orientiert sich gegen den Balkan, Persien und Afghanistan, mit anderen Worten der Kreml setzt die Politik des zaristischen Imperialismus fort. Haben wir in diesem Falle nicht das Recht, die Politik des Kreml selbst als imperialistisch zu bezeichnen? Das historisch-geographische Argument ist nicht überzeugender als irgend ein anderes. Die proletarische Revolution, welche auf dem Gebiet des zaristischen Reiches vollzogen wurde, versuchte vom allerersten Anfang an, die baltischen Staaten zu erobern und für eine Zeit eroberte sie sie sogar, versuchte Rumänien und Persien zu durchdringen und führte einmal seine Armeen bis nach Warschau (1920). Die Linien der revolutionären Expansion waren dieselben als jene des Zarismus, da die Revolution die geographischen Bedingungen nicht ändert. Genau das ist es, warum die Menschewiki zu jener Zeit bereits vom bolschewistischen Imperialismus, einem Imperialismus, der von der Tra-

dition der zaristischen Diplomatie ausgeborgt wurde, sprechen. Willig nimmt die kleinbürgerliche Demokratie sogar heute noch dazu Zuflucht. Wir haben keinen Grund, ich wiederhole es, sie in dieser Hinsicht nachzuzahlen.

Agentur des Imperialismus?

Jedoch neben der Einschätzung der Expansionspolitik der USSR selbst bleibt die Frage der Hilfe, welche Moskau der imperialistischen Politik von Berlin leistet. Hier ist es vor allem notwendig festzustellen, daß unter bestimmten Bedingungen - bis zu einem bestimmten Grade und bis zu einer bestimmten Form - die Unterstützung dieses oder jenes Imperialismus sogar für einen vollständig gesunden Arbeiterstaat unvermeidbar sein würde - vermöge der Unmöglichkeit, sich von den Ketten der weltimperialistischen Beziehungen loszureißen. Der Frieden von Brest-Litowsk stärkte ohne den geringsten Zweifel zeitweilig den deutschen Imperialismus gegen Frankreich und England. Ein isolierter Arbeiterstaat kann nicht umhin, zwischen den feindlichen imperialistischen Lagern zu manövrieren. Manövrieren bedeutet, zeitweiliges Unterstützen des einen gegen den andern. Um genau zu wissen, welches von den beiden Lagern zu unterstützen in einem gewissen Augenblick vorteilhafter und weniger gefährlich ist, ist keine Frage des Prinzips sondern eine Frage der praktischen Berechnung und der Voraussicht. Der unvermeidliche Nachteil, welcher als eine Konsequenz dieser erzwungenen Unterstützung für einen Kapitalistenstaat gegen den anderen entsteht, wird mehr als aufgewogen durch die Tatsache, daß der isolierte Arbeiterstaat dadurch eine Möglichkeit bekommt, weiter zu existieren.

Aber es gibt Manövrieren und Manövrieren. In Brest-Litowsk opferte die Sowjetregierung die nationale Unabhängigkeit der Ukraine, um den Arbeiterstaat zu retten. Niemand konnte von Verrat gegenüber der Ukraine sprechen, da alle klassenbewußten Arbeiter den erzwungenen Charakter dieses Opfers vorstanden. In Polen ist es vollkommen anders. Der Kreml hat niemals und nirgends die Frage aufgeworfen, daß er gezwungen worden wäre, Polen zu opfern. Im Gegenteil, er prahlt zynisch mit seinen Kombinationen, welche die elementarsten Gefühle der unterdrückten Klassen und Völker auf der ganzen Welt beschimpfen und so die internationale Lage der Sowjetunion äußerst schwächen. Die ökonomischen Veränderungen in den besetzten Provinzen wägen diese Tatsachen nicht zu einem Zehntel auf.

Die gesamte Außenpolitik des Kremls basiert im allgemeinen auf einer verbrecherischen Verschönerung des "freundlichen" Imperialismus und führt so zur Aufopferung der fundamentalsten Interessen der Weltarbeiterbewegung für zweitrangige und unbeständige Vorteile. Nachdem Moskau fünf Jahre die Arbeiter mit der Losung "Verteidigung der Demokratie" genarrt hat, ist es nun damit beschäftigt, Hitlers Raubpolitik zu decken. Selbst diese Tatsachen verwandeln die USSR in keinen imperialistischen Staat. Aber Stalin und seine Komintern sind nun unzweifelhaft die wertvollste Agentur des Imperialismus.

Wenn wir die Außenpolitik des Kremls genau zu definieren wünschen, müssen wir sagen, daß sie die Politik der bonapartistischen Bürokratie eines degenerierten Arbeiterstaates in der imperialistischen Einkreisung ist. Diese Definition ist nicht so kurz und klingvoll wie "imperialistische Politik", aber darum ist sie genauer.

"Das kleinere Übel"

Die Besetzung Ostpolens durch die Rote Armee ist sicherlich das "kleinere Übel" im Vergleich zur Besetzung desselben Ge-

bietes durch die Nazi-Truppen. Aber dieses kleinere Übel wurde dadurch erreicht, daß H i t l e r zu gleicher Zeit zugesichert wurde, ein größeres Übel zu erreichen. Wenn jemand ein Haus in Brand steckt oder dabei hilft und nachher fünf von den zehn Bewohnern des Hauses rettet, um sie in seine eigenen Haltsklaven zu verwandeln, so ist es sicherlich ein kleineres Übel als alle zehn verbrannt zu haben. Aber es ist zweifelhaft, ob dieser Brandstifter eine Rettungsmedaille verdient. Wenn man ihm dennoch eine Medaille gebe, sollte er sofort nachher erschossen werden, wie es bei einem Helden in einem von Victor H u g o s Romanen der Fall war.

"Bewaffnete Missionäre"

R o b e s p i e r r e sagte einmal, daß die Völker Missionäre mit Bajonetten nicht gerne hätten. Dadurch wollte er ausdrücken, daß es unmöglich ist, revolutionäre Ideen und Institutionen einem anderen Volke durch militärische Gewalt aufzuzwingen. Dieser richtige Gedanke hat natürlich nichts zu tun mit der Zulässigkeit einer militärischen Intervention in andere Länder, um in einer Revolution zusammenzuarbeiten. Aber eine solche Intervention, als Teil einer revolutionären internationalen Politik, muß vom internationalen Proletariat verstanden werden, muß mit den Wünschen der arbeitenden Massen des Landes, dessen Gebiet die revolutionären Truppen betreten, im Einklang stehen. Die Theorie des Sozialismus in einem Lande ist natürlich nicht imstande, jene aktive internationale Solidarität zu schaffen, welche allein eine bewaffnete Intervention vorbereiten und rechtfertigen kann. Der Kreml stellt und löst die Frage der militärischen Intervention, wie alle andere Fragen seiner Politik, vollständig unabhängig von den Ideen und Gefühlen der internationalen Arbeiterklasse. Darum kompromittieren die letzten diplomatischen "Erfolge" des Kreml die USSR aufs äußerste und bringen die größte Verwirrung in die Reihen des Weltproletariats.

Aufstand an zwei Fronten.

Aber wenn die Dinge sich so entwickeln - sagen einige Genossen - ist es dann richtig von der Verteidigung der USSR und der besetzten Provinzen zu sprechen? Ist es nicht richtiger, die Arbeiter und Bauern in beiden Teilen des ehemaligen Polens aufzurufen, sich sowohl gegen H i t l e r als auch gegen S t a l i n zu erheben? Dieser Standpunkt ist natürlich sehr verlockend. Wenn sich die Revolution gleichzeitig in Deutschland und in der USSR, einschließlich der jüngst besetzten Provinzen, erhebt, so würde dies viele Fragen auf einmal lösen. Aber unsere Politik kann sich nicht nur auf die glücklichste und günstigste Kombination der Verhältnisse gründen. Die Frage ist so gestellt: Was sollen wir tun, wenn H i t l e r, bevor er durch die Revolution vernichtet wird, die Ukraine angreift, bevor die Revolution S t a l i n vernichtet hat? Werden die Anhänger der IV. Internationale in diesem Falle gegen die Truppen H i t l e r s kämpfen, sowie sie in Spanien in den Reihen der republikanischen Truppen gegen F r a n c o kämpften? Wir sind vollständig aufrichtig für eine unabhängige (sowohl von H i t l e r als auch von S t a l i n) Sowjetukraine. Aber was sollen wir tun, wenn H i t l e r die Ukraine, die ihre Unabhängigkeit noch nicht erlangt hat und noch unter der Herrschaft der Stalinbürokratie steht, anzugreifen versucht? Die IV. Internationale antwortet: Gegen H i t l e r verteidigen wir diese von S t a l i n versklavte Ukraine.

"Bedingungslose Verteidigung der USSR"

Was bedeutet "bedingungslose" Verteidigung der USSR? Es bedeutet, daß wir der Bürokratie keine Bedingung stellen. Es bedeutet, daß wir unabhängig von den Motiven und den Ursachen des Krieges die soziale Basis der USSR verteidigen, wenn sie durch eine Gefahr von Seiten des Imperialismus bedroht ist.

Einige Genossen sagen: "Und wenn die Rote Armee morgen Indien überfällt und dadurch eine revolutionäre Bewegung unterdrückt, sollen wir sie in diesem Falle unterstützen?" Die Frage so zu stellen ist ganz und gar nicht konsequent. Es ist nicht klar, warum Indien hier hineingezogen werden soll. Ist es nicht einfacher zu fragen: Wenn die Rote Armee Arbeiterstreiks oder Proteste der Bauern gegen die Bürokratie in der USSR bedroht, sollen wir sie unterstützen oder nicht? Die Außenpolitik ist die Fortsetzung der Innenpolitik. Wir haben niemals versprochen, alle Aktionen der Roten Armee, die ein Instrument in der Hand der bonapartistischen Bürokratie ist, zu unterstützen. Wir haben nur versprochen, die USSR als einen Arbeiterstaat und nur diejenigen Dinge, die zu einem Arbeiterstaat gehören, zu verteidigen.

Ein gewandter Kasuist könnte sagen: Wenn die Rote Armee, unabhängig von dem Charakter der Arbeit, die sie leistet, von den aufständischen Massen in Indien geschlagen wird, so wird dies die USSR schwächen. Darauf wollen wir antworten: Die Niederwerfung einer revolutionären Bewegung in Indien mit Hilfe der Roten Armee würde eine unvergleichlich größere Gefahr für die soziale Basis der USSR bedeuten als eine episodische Niederlage der konterrevolutionären Abteilungen der Roten Armee in Indien. In jedem Falle wird die IV. Internationale genau zu unterscheiden wissen, wo und wann die Rote Armee allein als ein Instrument der bonapartistischen Reaktion handelt und wo sie die soziale Basis der USSR verteidigt.

Eine Gewerkschaft, die von reaktionären Schwindlern geführt wird, organisiert einen Streik gegen die Zulassung von Negerarbeitern in einen gewissen Industriezweig. Sollen wir solch einen schändlichen Streik unterstützen? Natürlich nicht. Aber stellen wir uns vor, daß die Unternehmer den gegebenen Streik benützen, einen Versuch zu machen, die Gewerkschaften zu vernichten und die allgemeine Organisation der Selbstverteidigung der Arbeiter unmöglich zu machen. In diesem Falle werden wir selbstverständlich die Gewerkschaften verteidigen trotz ihrer reaktionären Führung. Warum kann nicht dieselbe Politik gegenüber der USSR angewendet werden?

Der fundamentale Grundsatz

Die IV. Internationale hat mit Nachdruck festgelegt, daß in allen imperialistischen Ländern, unabhängig von der Tatsache, ob sie im Bündnis mit der SU stehen oder in dem der SU feindlichen Lager sind, die proletarischen Parteien während des Krieges den Klassenkampf zum Zwecke der Machteroberung entwickeln müssen. Zur selben Zeit darf das Proletariat der imperialistischen Länder die Interessen der Verteidigung der SU (oder der kolonialen Revolutionen) nicht aus den Augen verlieren und im Falle einer tatsächlichen Notwendigkeit muß es zu den entschiedensten Aktionen, wie Streiks, Sabotageakte usw., Zuflucht nehmen. Seit der Zeit, als dieser Grundsatz formuliert wurde, haben sich die Mächtegruppierungen radikal geändert. Aber der Grundsatz selbst behält all seine Gültigkeit. Wenn England und Frankreich morgen Leningrad oder Moskau bedrohten, sollen die britischen und französischen Arbeiter die entschiedensten Maßnahmen ergreifen, um die Entsendung von Soldaten und Kriegs-

material zu verhindern. Wenn sich H i t l e r selbst durch die Logik der Situation gezwungen sieht, S t a l i n Kriegsmaterial zu schicken, so würden die deutschen Arbeiter andererseits keinen Grund haben, in diesem konkreten Fall zu streiken oder zu sabotieren. Niemand, hoffe ich, wird eine andere Lösung vorschlagen.

"Revision des Marxismus"?

Einige Genossen waren augenscheinlich überrascht, daß ich in meinem Artikel ("Die USSR im Krieg") von dem System des "bürokratischen Kollektivismus" als einer theoretischen Möglichkeit sprach. Sie entdeckten darin sogar eine vollständige Revision des Marxismus. Dies ist ein offensichtliches Mißverstehen. Die marxistische Auffassung von der historischen Notwendigkeit hat nichts mit Fatalismus gemein. Der Sozialismus ist nicht durch "sich selbst" verwirklicht, sondern er ist ein Resultat des Kampfes lebendiger Kräfte, Klassen und ihrer Parteien. Der entscheidende Vorteil des Proletariats in diesem Kampfe kommt von der Tatsache, daß es den historischen Fortschritt repräsentiert, während die Bourgeoisie die Reaktion und den Verfall verkörpert. Genau das ist die Quelle unserer Siegeszuversicht. Aber wir haben das volle Recht uns selbst zu fragen: Welchen Charakter wird die Gesellschaft annehmen, wenn die Kräfte der Reaktion siegen?

Wir Marxisten haben unzählige Male die Alternative formuliert: entweder Sozialismus oder zurück zur Barbarei. Nach der italienischen "Erfahrung" wiederholten wir tausende Male: entweder Kommunismus oder Faschismus. Der wirkliche Übergang zum Sozialismus kann nicht umhin unvergleichlich komplizierter, ungleichartiger und widerspruchsvoller zu erscheinen als er im allgemeinen historischen Plan vorausgesehen worden war. M a r x sprach über die Diktatur des Proletariats und über ihr Absterben in der Zukunft aber er sagte nichts über die bürokratische Degeneration der Diktatur. Wir haben die Erfahrung mit einer solchen Degeneration zum ersten Mal beobachtet und analysiert. Bedeutet das Revision des Marxismus?

Die Entwicklung der Ereignisse zeigt, daß die Verzögerung der sozialistischen Revolution unzweifelhafte Erscheinungen des Barbarismus - chronische Arbeitslosigkeit, Verelendung des Kleinbürgertums, Faschismus, schließlich Vernichtungskriege, die keinen irgendwie neuen Weg eröffnen - erzeugt. Welche sozialen und politischen Formen kann der neue Barbarismus annehmen, wenn wir theoretisch zugeben, daß die Menschheit nicht selbst imstande ist, sich zum Sozialismus zu erheben? Wir haben die Möglichkeit, uns über diesen Gegenstand konkreter als M a r x auszusprechen. Faschismus auf der einen Seite und die Degeneration des Sowjetstaates auf der anderen lassen bereits die soziale und politische Form des Neo-Barbarismus erkennen. Eine solche Alternative - Sozialismus oder totalitäre Sklaverei - ist nicht nur von theoretischem Interesse sondern sie hat auch eine ungeheure Bedeutung in der Agitation, weil in ihrem Lichte die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution äußerst deutlich vor Augen tritt.

Wenn wir von einer Revision von M a r x sprechen, so ist es in Wirklichkeit die Revision jener Genossen, die einen neuen Staatstypus projektieren, einen "nicht kapitalistischen" und "nicht proletarischen" Staat. Weil die von mir entwickelte Alternative sie dazu führt, ihre eigenen Gedanken bis zu ihrem logischen Schluß zu Ende zu denken, klagen mich einige dieser Kritiker, erschreckt von den Schlußfolgerungen ihrer eigenen Theorie, der Revision des Marxismus an. Ich ziehe es vor, zu glauben, daß es bloß ein freundlicher Scherz ist.

STREIFLICHTER:

Eine Weltcharta der "Sozialisten" schlug Noel B a c k e r , der Vorsitzende der Labour Party auf dem Pfingstkongreß der Labour Party vor. Er verlangte "eine neue Beziehung zwischen den Völkern der Welt auf der Basis der Gleichheit und des Vertrauens, ein geeinigtes Europa, eine weltumspannende Wirtschaftszusammenarbeit und Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriegsfurcht." Das sind schöne, aber auch billige Worte! Und wie sieht die Wirklichkeit aus? Auf demselben Kongresse sagte Hugh D a l t o n , der "sozialistische" Schatzkanzler in seiner Majestät Regierung, daß es nicht das unmittelbare Bestreben der Labour Party sei, eine Internationale mit der Macht, die Politik aller Mitgliedsparteien zu kontrollieren, zu errichten. Die Geschichte der Vorkriegsinternationale sei eine sehr traurige gewesen, da sie wohl in der Theorie eine große Macht besessen habe, aber in der Praxis überhaupt keine. Und dies sind wieder sehr richtige Worte und sicherlich nur sehr schwer mit der "Weltcharta der Sozialisten" zu vereinbaren. Wir können es uns kaum vorstellen, daß sich B e v i n R a m a d i e r und S c h u h m a c h e r "auf der Basis der Gleichheit" über das Ruhrgebiet einigen werden oder daß sich die "Sozialisten" der imperialistischen Länder zusammensetzen werden und die imperialistischen Raubkriege gegen die unterdrückten Halbkolonial- und Kolonialvölker in Acht und Bann erklären werden, um diese von der "Kriegsfurcht" zu befreien. Allerdings, die englischen "Sozialisten" werden unter Umständen dazu zu haben sein, daß die Kriege anderer Länder und besonders der SU in ihrer "Weltcharta" verboten werden, aber beileibe nicht die des englischen Imperialismus und so ähnlich werden alle anderen "Sozialisten" argumentieren, je nachdem ihre eigene Bourgeoisie in diesem oder jenem Lager stehen wird - aber auf eine "Weltcharta" werden sich diese "Sozialisten" nicht einigen können, ganz zu schweigen von der Praxis. Die Gründer der II. Internationale 1889 würden sich in ihrem Grabe einige Male umdrehen, wenn sie hören könnten, warum sich die "Sozialisten" 1947 über die Wiedererrichtung ihrer "Internationale" nicht einigen konnten.

Die Todesstrafe ist in der SU abgeschafft worden! Durch ein Dekret des Obersten Sowjet wurde die Todesstrafe in der SU für die Friedenszeit abgeschafft. In der Begründung heißt es: "Gemäß den Wünschen der Arbeiter, Angestellten und Gewerkschaften sowie der übrigen Stellen, welche die Meinung der Massen repräsentieren, ist das Präsidium des Obersten Sowjets der Auffassung, daß die Todesstrafe im Frieden nicht mehr notwendig ist." Für Verbrechen, für die bisher die Todesstrafe angewandt wurde, werden jetzt 25 Jahre Zwangsarbeit verhängt. Der Druck der Massen und ihre Forderungen nach mehr Demokratie mag die Stalinbürokratie zu diesem Schritte gezwungen haben. Aber in dem Munde der Stalinbürokratie, an deren Händen das Blut von Zehntausenden proletarischer Revolutionäre klebt und die die SU aus einem demokratischen Sowjetstaat in den bürokratischen Polizeistaat der GPU verwandelt hat, wird dieser Schritt zu einer zynischen Verhöhnung der proletarischen Demokratie. Wir können sicher sein, daß bei der Abschlichtung der proletarischen Revolutionäre sich die GPU nicht durch die formelle Gesetzesbestimmungen hindern läßt. Die Wiederherstellung der lebendigen proletarischen Demokratie in der heutigen SU ist nur durch den Sturz der Stalinbürokratie möglich.

Österreich lebensunfähig? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Aprilnummer der Monatszeitschrift der Wiener Organisation der SPÖ und sie kommt zu folgendem tröstlichen Schluß: "Die Verneinung der Lebensfähigkeit ist so alt wie unser Staat selbst. Schon nach dem ersten Weltkrieg glaubten viele, ihr Heil nur im Anschluß an Deutschland zu sehen und man begründete diese Meinung vor allem mit dem großen Handelspassivum, das Österreich aufwies. Dieses Passivum war sicherlich in den ersten Jahren der jungen Republik sehr groß, aber während es 1929 noch eine Milliarde Schilling betrug, schrumpfte es in der Folge immer mehr, so daß schon 1933 nur 273 Millionen Schilling passiv waren und diese günstige Entwicklung auch weiter andauerte." Die Entwicklung muß in der Tat so günstig gewesen sein, daß der SPÖ-Schreiber vor Begeisterung darüber die 500.000 Arbeitslosen vergißt, die "wir" ebenfalls 1933 schon hatten und die jedenfalls über ihre Lebensaussichten in diesem kapitalistischen Staat anders dachten als der selbstzufriedene SP-Bürokrat, der außer der Arbeitslosigkeit auch die Tatsache unterschlägt, daß das Sinken des Handelspassivums seine ganz natürliche Erklärung in dem ungeheuerlichen, durch die Weltwirtschaftskrise verursachten Rückgang des Außenhandels hat. Wo nichts ist, kann bekanntlich nichts werden, nicht einmal ein Passivum! Nebenbei: Zu denjenigen, die in den ersten Jahren der "jungen Republik" ebenfalls nicht "an die Lebensfähigkeit Österreichs glaubten und ihr Heil nur im Anschluß an Deutschland sahen", gehörte auch die SPÖ. Otto Bauer schreibt in seinem Buch "Die österreichische Revolution", Wien 1923: "Da der Genfer Vertrag das Problem unserer selbständigen nationalen Existenz nicht löst; da die bloße Sanierung unserer Staatsfinanzen das Problem unserer volkswirtschaftlichen Existenz nicht nur nicht löst, sondern erst stellt, wird die unter den Existenzbedingungen eines Fünfzigmillionenreiches entstandene österreichische Volkswirtschaft in jeder europäischen Krise den ihr allzuengen Rahmen des kleinösterreichischen Wirtschaftsgebietes zu sprengen versuchen. In jeder europäischen Krise werden wir wieder vor dem Problem von 1918 stehen: Übernationale Föderation der Donauvölker oder nationaler Zusammenschluß der Deutschen; Wiederherstellung der habsburgischen Monarchie oder Anschluß an die Deutsche Republik." Und eine dritte Lösung der "europäischen Krise", nämlich die sozialistische, die auf der Linie der internationalen proletarischen Revolution liegende, gibt es für Otto Bauer nicht. Hoffentlich kommt dieses große Kirchenlicht der SPÖ heute nicht in den Geruch des Pan-germanismus!

XXXX

oo
Wir sind illegal!
Die Konspiration schützt uns vor dem Feind!
Beachtet streng ihre Regeln!
oo